

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

120 (26.5.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3600 IV.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 33, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 120

Samstag, den 26. Mai 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der französische Außenminister hat jetzt das angekündigte Blaubuch über die Verhandlungen wegen der Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen veröffentlicht. Die Schriftstücke enthalten nichts Neues.

Zu den Arbeitskämpfen in Minneapolis und Toledo droht jetzt noch ein Niesenstreik der Stahlindustrie auszubrechen, wenn die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden.

Für die in kommender Woche beginnende Tagung des Ausschusses der Abrüstungskonferenz in Verbindung mit einer Völkerverbandsratstagung zeigt sich überall starkes Interesse. Henderson ist bereits nach Genf gefahren.

Am Sonntag finden große sportliche Veranstaltungen statt: In Berlin das große internationale Automobilrennen auf der Hoes, in Italien die Vorrundenkämpfe um die Weltmeisterschaft im Fußball.

Der Schuhbund für wirtschaftliche Gerechtigkeit im Saargebiet hat an den Völkerverbandsrat eine Eingabe gerichtet, in der um beschleunigte Festlegung des Abstimmungstages nachgefragt wird.

Nach einer heftigen Meldung sind durch Ueberschwemmungen bei Teheran 1000 Häuser der Stadt Kum unter Wasser gesetzt worden.

Der Marineauschuss der Kammer hat am Freitag einen Betrag von 825 Millionen Franken für Seerüstungen Frankreichs bewilligt.

Auf ihrer Durchreise nach Genf sind im Verlaufe des Freitag in Paris Norman Davis, Henderson und der türkische Außenminister Tewfik Rüstü Bey eingetroffen. Letzterer wird ausgedehnte Unterredungen mit verschiedenen französischen Persönlichkeiten haben.

„Evening News“ fordert erneut den Rücktritt von Knox
London, 25. Mai. Unter der Überschrift „Hände weg“ wiederholt das Kothemer-Blatt „Evening News“, daß der Präsident der Saartommission, Knox, von seinem Posten zurücktreten soll. Solange ein Engländer diesen Posten inne habe, sei es unermesslich, daß England in die Streitigkeiten hineingezogen werde. Das Saargebiet gehe nur Deutschland und Frankreich etwas an und somit niemanden. Das Blatt sagt: „Wenn die Abtötung abgehalten wird, dann wird es eine überwältigende Mehrheit für die Deutschen des Saargebiets unter die deutsche Herrschaft geben.“

Hohheitsabzeichen für Soldaten und Beamte der Wehrmacht auch am Zivilanzug

Berlin, 25. Mai. Auf Grund einer Verordnung des Reichswehrministers erhalten die im aktiven Dienst befindlichen Soldaten und Beamten der Wehrmacht die Berechtigung, das am Stahlhelm befindliche Hohheitsabzeichen in verkleinerter Form am Zivilanzug zu tragen. Das Abzeichen besteht aus einer Nadel, die für die Angehörigen des Heeres in weißem, für die der Marine in gelbem Metall geätzt ist.

Eröffnung der Reichstheaterwoche durch Dr. Göbbels

Berlin, 25. Mai. Die Reichsdelegation teilt mit: Die Eröffnung der Reichstheaterwoche durch Reichsminister Dr. Göbbels wird am Sonntag, den 27. Mai, von 19.00 bis etwa 21.00 Uhr von allen deutschen Sendern übertragen. Der Rede folgt die Uebertragung des ersten Aktes der Wagner-Oper „Tristan und Isolde“.

Die Mörderin Juchniewicz zum Tode verurteilt

Berlin, 25. Mai. Das Berliner Schwurgericht verurteilte entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts die 44jährige Irde Juchniewicz, die am 15. Dezember die 75jährige Witwe Frau Ida Krüger in deren Wohnung niedergeschlagen und dann an der Türklinke erhängt hatte, zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Barthou erläutert Frankreichs Politik

Kammeransprache über Außenpolitik in Paris

Paris, 25. Mai. Vor mehr oder weniger leeren Bänken eröffnete der Abgeordnete Chappedelaine (Rad.-Linke) Freitag nachmittag mit einer einständigen Rede die außenpolitischen Interpellationen in der französischen Kammer. Chappedelaine richtete die Aufmerksamkeit der Kammer auf die Gefahr der heutigen Lage, Deutschland rüste, Mitteleuropa sei schwach, zwischen den Westmächten herrsche Uneinigkeit, der Krieg drohe, in Ungarn rede man nur von der Revision der Verträge.

Der erste Vorstoß der Nationalsozialisten gegen Oesterreich sei gescheitert, aber schon erneuert er sich wieder. Die österreichische Unabhängigkeit müsse der Empfänger der französischen Politik in Mitteleuropa werden. Könne Frankreich aber noch auf Polen rechnen? Hitler brauche einen außenpolitischen Erfolg und hoffe, ihn im Saargebiet zu finden. Er bereite eine Armee vor, die vielleicht in einem Jahr die französische Armee übertreffen werde. Wenn Frankreich an die Aufrichtigkeit Deutschlands glauben könnte, habe es keinen Grund, den Völkerverband zu verweigern, den man ihm anheimelnd reiche. Was aber in Deutschland geschehe, raube Frankreich alle Illusionen. In diesem Zusammenhang machte dann Chappedelaine alle möglichen Angaben über die deutschen Rüstungen, die Ausbildung der deutschen Jugend usw.

Nach Chappedelaine stieg der Abg. Chassigne von einer kommunistisch-sozialistischen Splittergruppe auf die Tribüne. Er wies auf die Spannung in der Bevölkerung hin, die sich frage, ob sie wieder einen neuen Krieg erleben würde.

Dazwischen ergriff der linksgerichtete Abg. Weill das Wort, um die Regierung aufzufordern, bei der Reichsregierung die Freilassung des in Deutschland verhafteten und verurteilten tschechischen Eisenbahnbeamten (Reimelt) zu verlangen. Der französische Außenminister Barthou beantwortet diesen Einwurf von seiner Bank aus. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit dauerten noch an.

Nach diesem Zwischenpiel fährt der Abg. Chassigne mit seiner Interpellation fort und kritisiert insbesondere die Haltung der französischen Regierung in der Abrüstungsfrage. Seit der Note des 17. April hätten die ausländischen Mächte begonnen, Frankreich den Rücken zu kehren. Ferner befaßte sich Chassigne mit der Reise Barthous nach Warschau und stellte in diesem Zusammenhang einige Fragen: Welche Zugeständnisse habe Frankreich an Polen hinsichtlich Sowjetrußlands gemacht? Sowjetrußland werde einen Antrag auf Eintritt in den Völkerverband stellen. Welche Haltung werde die französische Regierung einnehmen, wenn Polen einen förmlichen Katschik für sich verlangen würde? Frankreich sei durch die Note vom 17. April isoliert in der Welt, Deutschland, Belgien und Polen rüsteten und Frankreich würde diesem Beispiel folgen. Von dieser Politik habe nur das Comité des Forges einen Vorteil.

Nach kurzer Pause ergriff der französische Außenminister Barthou das Wort. Inzwischen hatten sich die Hände der Abgeordneten gefüllt und die Regierung ist vollständig vertreten.

Barthou stellte eingangs fest, daß die beiden Fragen, die von den Wortrednern behandelt wurden und zwar die Unabhängigkeit Oesterreichs und die Abrüstungskonferenz, sich ihm sofort nach der Bildung der gegenwärtigen Regierung gestellt hätten. Er habe dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer bereits alle einschlägigen Schriftstücke über die mitteleuropäische Frage zur Verfügung gestellt. Barthou behandelte in diesem Zusammenhang die bereits bekannten, von ihm dem österreichischen Gesandten erteilten Richtlinien und erinnerte an die von Frankreich, England und Italien abgegebene Erklärung zu der Absicht Oesterreichs, die deutsch-österreichische Frage vor den Völkerverband zu bringen. Er hoffe mit der Unterstützung Englands und Italiens die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs zu erreichen. Seit den letzten Monaten sei bereits eine gewisse Entspannung festzustellen. Im übrigen werde die Regierung später zu den mitteleuropäischen Problemen Stellung nehmen.

Auf die Bemerkung Chassignes über seine Reise nach Warschau bestätigte Barthou, daß sie als Ergebnis das Fortbestehen des französisch-polnischen Bündnisses gezeitigt habe. Wenn Chassigne die Militärkonvention des Jahres 1921 bemängelte und behauptet habe, daß sie von einer französischen Rechtsregierung unterschrieben wurde, so erinnere er, Barthou daran, daß er damals Kriegsminister des Kabinetts Briand gewesen sei. Im übrigen kenne er in der Außenpolitik keine Links- oder Rechtspolitik, sondern nur eine französische Politik. Barthou wies dann einige kritische Bemerkungen des Interpellanten über Polen zurück. Er habe in Warschau, so sagte Barthou weiterhin, wohl von Rußland gesprochen und alles getan, um beide

Länder einander näherzubringen. Er sei vielleicht auch nicht unbeteiligt an der Erneuerung des Nichtangriffspaktes. Der Eintritt Rußlands in den Völkerverband wäre ein wünschenswertes Ereignis. Er habe in diesem Sinne gehandelt: Er habe mit Litwinow über die Bedingungen des Eintritts Rußlands in den Völkerverband gesprochen.

Barthou widmete dann einige Worte dem freundlichen Empfang, der ihm in der Tschechoslowakei zuteil geworden sei, und sollte dem Staatspräsidenten Masaryk besondere Anerkennung, die von dem gesamten Haus mit Beifall aufgenommen wurde. In Rumänien und in Südbanien werde er, Barthou, gelegentlich seiner bevorstehenden Besuche, um alle Meinungsverschiedenheiten zu zerstreuen, die zwischen Frankreich und seinen Freunden entstanden sein könnten. Er wisse aber genau, daß diese Freunde Frankreich treu geblieben seien.

Frankreich, so fuhr Barthou weiter fort, sei nicht isoliert. Die Beziehungen Frankreichs zu der Türkei seien u. a. ein Beweis dafür. In der Frage der Abrüstung setze die gegenwärtige Regierung die Politik ihrer Vorgänger fort. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, habe seinerzeit durch eine Note angefragt, ob es nicht zweckmäßig wäre, anstelle der Konferenz unmittelbare Verhandlungen zwischen den Regierungen einzuleiten. Er, Barthou, habe damals im Quai d'Orsay den Entwurf einer Antwort seiner Vorgänger vorgefunden und sie mit geringfügigen Änderungen in einer Form an Henderson gerichtet, die ebensogut von Daladier und Paul Boncour hätte stammen können. Wenn die französische Politik, die darin zum Ausdruck käme, bliebe immer die gleiche: Herabsetzung der Rüstungen und Gleichberechtigung, aber in der Sicherheit und mit wirksamen Garantien (Zurufe: Sehr gut! Sehr gut!).

Die Note vom 10. Februar bedeute nur die Fortsetzung und die Bestätigung der Denkschrift vom Januar 1934. Die am 17. März und am 17. April an die britische Regierung gerichteten Antworten ständen durchaus nicht im Gegensatz, wie man behauptet habe, sondern brächten dieselbe Politik zum Ausdruck. Außerdem sei zwischendurch am 6. April der englischen Regierung eine weitere Note überreicht worden. Die französische Regierung habe England nichts anderes erklärt, als daß sie das englische Memorandum nicht als Grundlage einer Verhandlung anerkennen könne, im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen, in die neuen Bedingungen eingeschaltet werden müßten. In der Tat blieben eine Reihe von Fragen offen. In der englischen Note sei weder von der Luftfahrt noch vom Völkerverband die Rede gewesen. Frankreich habe also die Pflicht gehabt, dementsprechende Fragen zu stellen und eine Antwort abzuwarten. In der französischen Note vom 6. April habe Frankreich auf die deutsche Aufrüstung angepielt. Die Note vom 6. April bedeute eine Vorbereitung für die Denkschrift vom 17. April. Frankreich halte in allen Punkten die einmal angenommene Haltung inne: Frankreich wolle nicht die Politik der Aufrüstung, sondern halte an der Abrüstung fest.

Der französische Außenminister bestritt in diesem Zusammenhang, daß die Auffassung der französischen Regierung in England mißverstanden worden sei, und betonte im übrigen, daß die in der Note vom 17. April zum Ausdruck kommende Auffassung einstimmig von der französischen Regierung gebilligt worden sei. Es beständen also keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb des französischen Kabinetts über diese Frage.

Barthou stellte sodann die Frage, ob die französische Regierung etwa damit der Ansicht sei, daß alles zu Ende wäre, und daß alle Türen geschlossen seien, die der Abrüstungskonferenz und des Völkerverbands. Das sei durchaus nicht der Fall. Frankreich bleibe den Grundfragen der Abrüstungskonferenz und den Völkerverbandsfragen treu.

Der Völkerverband bleibe für Frankreich die Sicherheit des Friedens der Welt. Barthou wandte sich dann scharf gegen diejenigen, die den Völkerverband kritisierten. Was wäre aus der Welt geworden, wenn es nicht möglich wäre, sich an den Völkerverband zu wenden? Für die Zukunft gebe es zwei Hypothesen: Werde die Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten fortsetzen, oder werde sie ihr Mandat dem Völkerverband zurückgeben? Die Meinung der französischen Regierung sei bekannt. Die französische Regierung bleibe der Sache des Friedens treu, und diesen Frieden könne sie sich außerhalb des Rahmens des Völkerverbands nicht vorstellen.

Zum Schluß ging der französische Außenminister auf die Saargebietfrage ein. Er betonte, daß die Verwaltung des Saargebietes durch den Vertrag geregelt sei. Nach 15 Jahren müsse sich die Bevölkerung darüber äußern, ob sie den gegenwärtigen Status beibehalten, zu Deutschland zurückkehren oder für Frankreich stimmen wolle. Die Abstimmung müsse aber frei, aufrichtig und umfassend sein. Man habe von französischer Seite vorgeschlagen,

Ab Sonntag, den 27. Mai 1934

Nagelung des Schwarzwaldholzschildes

zu Gunsten notleidender badischer Schwarzwaldgemeinden u. Holzschneider Volksgenossen! Seid opferbereit! Helft lindern die Not!

daß eine Erklärung von der französischen und von der deutschen Regierung abgegeben würde. Deutschland habe dies abgelehnt. Er erkenne an, daß Deutschland in dieser Hinsicht Recht gehabt haben könne, und darum habe er nachgegeben.

Das Problem sei dann aber anders gestellt worden. Eine Abstimmung sei nur dann aufrichtig, wenn sie frei sei und wenn die Abstimmung geheim bliebe. Er, Barthou, habe es abgelehnt, die Einwohner des Saargebietes gewissen Repressalien auszuweichen. Wenn er anders gehandelt hätte, würde er es nicht gewagt haben, vor der Kammer zu erscheinen.

Was für ein Empfang wäre ihm wohl bereitet worden, wenn er dem zugestimmt hätte, daß die Volksabstimmung auf einen bestimmten Zeitpunkt festgelegt worden wäre, ohne daß vorher ausreichende Schutzmaßnahmen getroffen wären? Ein solches Versprechen Deutschlands genüge ihm nicht, und er sei der Ansicht, daß er in dieser Hinsicht der einmütigen Stimmung der französischen Kammer entsprochen habe. (Barthou erwähnte hier, um die Repressalien zu kennzeichnen, die gewisse Saarländer nach der Abstimmung über sich ergehen lassen müßten, eine in einer Münchener Zeitung enthaltene Karikatur über May Braun, der dort an einem Baum aufgekümpft dargestellt wurde) Barthou betonte dann, daß Frankreich an einer baldigen Regelung der Saarfrage gelegen sei, die nicht nur auf den deutsch-französischen Beziehungen, sondern auf der ganzen Welt laute. Der französische Außenminister wiederholte aber, daß er einer Festlegung des Abstimmungszeitpunktes nicht zustimmen könne, solange keine ausreichenden Garantien gegeben seien.

Anschließend versprach Barthou, daß die französische Regierung alles vermeiden werde, um einen Krieg zu entfesseln, und kam damit auf die Behauptung seines Vorredners zurück, daß sich die Bevölkerung überall frage, ob sie mit einem neuen Krieg zu rechnen habe. Frankreich werde seinen Bündnissen treu bleiben. Barthou vertrat die Ansicht, daß das Verhältnis Frankreichs zu Italien sich enger gestalten und daß auch die Beziehungen zu England trotz einiger Meinungsverschiedenheiten sich durchaus nicht abgekühlt hätten. Frankreich sei nicht isoliert. Was man auch denken möge, die Regierung habe das internationale Ansehen Frankreichs nicht vermindert. — Die Rede Barthous wurde mit großem Beifall aufgenommen. Anschließend wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt. Die Aussprache über die außenpolitischen Fragen wird erst Freitag nächster Woche fortgesetzt werden.

Scharfe Zurückweisung der Ausführungen Barthous zur Saarfrage in der Berliner Presse

DNB, Berlin, 26. Mai. Sämtliche Berliner Morgenblätter nehmen Stellung zu der Rede des französischen Außenministers Barthou in der Kammer, wobei sie insbesondere die Bemerkung Barthous scharf zurückweisen, daß ihm in Bezug auf die Saar-Verhandlungen der deutschen Regierung in der Annahmefrage nicht genügen und daß er darüber hinaus materielle Sicherheiten verlangt. So schreibt der „Völkische Beobachter“: Es ist wohl der augenblicklichen Erregung Barthous zuzuschreiben, als er von der Saarfrage sprach, daß der französische Außenminister Zweifel in das Wort der Reichsregierung setzte. Es ist wohl im Interesse Frankreichs besser, wenn es nicht eine Diskussion über Vertragstreue herausfordert. Nach den bekannten Drohungen des Bergwerksdirektors Guillaume etwa muß vielmehr Deutschland fragen, welche Sicherheiten der Völkerbund bietet, daß von Seiten der zahllosen französischen Beamten in allen Zweigen der Verwaltung, insbesondere der französischen staatlichen Grundverwaltung, kein Druck auf Bergarbeiter und Angestellte mehr ausgeübt werden kann. Der deutsche Standpunkt in der Abstimmungsfrage ist völlig eindeutig, der unzulässig der Grundgedanke vertritt, daß die Freiheit der Abstimmung gesichert werden muß. Deutschland ist daher im Rahmen der Verträge bereit, entsprechende Garantien für die Abstimmungsbedingungen zu geben. Wenn Frankreich darüber hinaus für gewisse nicht bodenständige Elemente, die es im Saargebiet unterhält, um dort zu wählen, gleich Sicherheiten verlangt und bei Nichterfüllung seiner Forderung mit Sabotage der Abstimmung droht, so durchbricht es klar die Forderungen des Versailler Vertrags im Hinblick auf die darin festgelegte Unabhängigkeit und Freiheit der Abstimmung. Wenn der französische Außenminister sich bei der angeblichen Gefährdung der unabhängigen Abstimmung auf die Karikatur in einer deutschen Zeitung berufen zu können glaubt, so ist dazu zu sagen, daß ganz abgesehen von dem imaginären Charakter jeder Karikatur, auch das spezielle Objekt derselben, der Emigrant May Braun, mit der Abstimmung und den zu ihrem Schutze zu treffenden Maßnahmen nichts zu tun hat. Wenn bei dem vertragswidrigen Ruhr-

einmarsch deutsche Patrioten nur in effigie ihr Leben gelassen hätten, es wäre um die moralische Aburteilung in Europa besser bestellt. — Die DNZ, bezeichnet die Äußerung Barthous, daß ihm in Bezug auf die Saar-Verhandlungen der deutschen Regierung in der Annahmefrage nicht genügen, als eine unerhörte Annäherung und betont, daß der wirkliche Grund zur Verlagerung der Völkerbundratsentscheidung über die Festlegung der Abstimmung in der Tatsache zu erblicken sei, daß Frankreich mit seinen Forderungen den Rahmen des Versailler Diktats überschritten habe. — Das Berliner Tageblatt hebt hervor, daß Deutschland sich nicht über die im Versailler Vertrag vorgesehenen materiellen Garantien hinaus zu Konzessionen verstehen könne, die ehrenrührig wären. An den unberechtigten Forderungen Frankreichs allein sei bisher die Einigung gescheitert. — In der Deutschen Zeitung heißt es: Wir verlangen weiter nichts als die Freiheit und Frilgerechtigkeit der Abstimmung, wie sie im Versailler Vertrag vorgesehen ist. Dessen Bestimmungen sind so eindeutig, daß Verschiebungsmanöver, Drohungen und beleidigende Zumutungen, die Frankreich in den Genfer Verhandlungen vorbrachte, nur als der Weg des Vertragsbruchs gekennzeichnet werden können.

Die Deutsche Front rückt von den Vorkommnissen der letzten Tage weit ab

DNB, Saarbrücken, 25. Mai. Der Landesleiter der Deutschen Front, Birro, erklärt folgende Verlautbarung: Der angebliche Dokumentenraub bei der Bergwerksdirektion ist mir erneut Anlaß, die gesamte Mitgliedschaft der Deutschen Front noch einmal auf die bisherigen Anordnungen hinzuweisen. Ich verbinde mit diesem Hinweis die Feststellung, daß die Deutsche Front aber auch jeden, möge er sein, wer er wolle, als gewissenlosen Schädling bezeichne, wenn er sich jemals in Dinge einmischt, wie sie hier vorgefallen sein sollen. Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder das größte Verdienst hat, um die Deutsche Front, wenn er der Leitung der Deutschen Front einen Fingerzeig oder auch nur den geringsten Hinweis geben kann, wer die Herausstellung irgendeines bezahlten Propagandisten sofort ermöglicht. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß der markierte oder tatsächliche Aktendiebstahl ein willkommenes Mittel ist für unsere Gegner, die Lage in Genf für uns ungünstig zu beeinflussen.

Deutsche Bevölkerungsbewegung im 4. Vierteljahr 1933

Berlin, 25. Mai. In den deutschen Gemeinden mit 15 000 und mehr Einwohnern und einer Gesamtbevölkerung von 29,36 Millionen wurden im 4. Vierteljahr 1933 nach den Berechnungen des Reichsgesundheitsamtes 163 475 Ehen geschlossen, 82 421 lebende Kinder von ortsanfässigen Müttern geboren und 76 291 ortsanfässige Gestorbene gezählt. Die bedeutsamste Erscheinung der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Jahre 1933 war die außerordentliche Zunahme der Eheschließungen, die durch die gewährten Ehestandsdarlehen ihre wesentlichste Förderung erfuhr. Die Steigerung der Geburtenziffer wurde nur in den Großstädten beobachtet. Die Sterblichkeit war im 4. Vierteljahr 1933 wieder höher als 1932. Dagegen ist die Säuglingssterblichkeit weiter gesunken. Die Sterbefälle an Krankheiten des höheren Alters waren zahlreicher, sie machten fast die Hälfte aller Todesursachen aus. Die Fälle von Selbstmord sind 1933 wieder zurückgegangen, dafür haben die Verunglückungen infolge der größeren Arbeitsfähigkeit zugenommen.

In Berlin 9600 Verkehrsänderungen festgestellt

Berlin, 25. Mai. Im Laufe des Donnerstags wurde in der Reichshauptstadt eine großangelegte Erziehungsaktion der Fußgänger durch die Schutzpolizei durchgeführt. Alle Fußgänger, die ihre Pflichten im Straßenverkehr verletzten oder die notwendige Vorsicht vernachlässigten, hatten ein polizeiliches Einbreiten zu erwarten. In 207 Fällen mußte wegen besondere grober Verstöße gegen die Verkehrsordnung Strafanzeige erstattet werden. Wegen geringerer Vergehen wurden 1007 gebührenschriftliche Verwarnungen erteilt. Schließlich genügen in 786 Fällen mündliche Verwarnungen und Belehrungen seitens der Straßenaufsichtsbeamten. Somit wurden im Laufe der von 15 bis 19 Uhr anhaltenden Aktion insgesamt 9600 Verkehrsänderungen festgestellt.

Gladys kämpft um die goldene Schleife

Roman von Hedda Lindner.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W 62

11) (Nachdruck verboten)

Er stützte und sah sie prüfend an. „Du weißt eine solche Frau?“

Lilian nickte: „Gladys MacCatrid!“

„Gladys MacCatrid?“ wiederholte er zögernd. „Amerikanerinnen haben früher ja häufig Adelsnamen ererbt, aber dann waren es englische Herzöge oder wenigstens Balkanprinzen und, wie gesagt — früher. Aber jetzt kann ich mir das nicht mehr vorstellen.“

„Unterjüde die menschliche Eitelkeit nicht. Englische Herzöge sind nicht so dick gesät, und „Freifrau von Thüngern“ Kling recht gut. Ein Rest sentimentaler Erinnerung an die deutschen Großeltern spielt wohl auch noch mit, jedenfalls weiß ich genau, daß die „Indianerin“ gern einen deutschen Adelsnamen ererbt hätte. Ohne weitere Ansprüche — wohlverstanden!“

„Bist du dessen sicher?“ fragte er misstrauisch.

Lilian sah an ihm vorbei zum Fenster hinaus. „Ganz sicher“, sagte sie dann ruhig, „sie hat sich mir anvertraut.“

„Und ausgerechnet mich hat sie sich zu diesem Zwecke ausgesucht?“

„Das nun gerade nicht, aber ich bin fest überzeugt, daß sie einwilligen würde. Das Landleben gefällt ihr besser als die Stadt, und da ihr — um die Form zu wahren — doch einige Zeit zusammen verbringen müßt, würde ihr der Sternhof sicher zuzagen. Sie hat oft gesagt, wie sehr das Geschäft sie interessiert.“

Er schüttelte heftig den Kopf. „Lilian, das kann doch nicht dein Ernst sein, diese Idee, das — das geht doch einfach nicht, eine solche Heirat. . . Das ist doch unmöglich!“

„Unmöglich scheint dir der einzige Ausweg, der mich aus einer verzweifeltsten Situation rettet“, sagte Lilian

schneidend, „ich muß gestehen, ich hätte von deiner Ritterschicklichkeit mehr erwartet. Außerdem komplizierst du die ganz Sache unnötig, denn du bleibst der Frau doch nicht das geringste schuldig. Sie will deinen Namen, den gibst du ihr. Dafür hilft sie uns aus der Patsche — eine glatte Rechnung.“

„Eine glatte Rechnung wäre es nur, wenn sie wüßte, warum ich sie heiraten will“, erwiderte er finster.

Lilian fuhr auf. Man sollte nicht glauben, wie bitterböse diese sanften Madonnenaugen blicken können. „Du bist wahrhaftig gemorden. Man kann viele Dinge tun, über die man nicht sprechen kann. Denn erst wenn man sie ausspricht, werden sie unmöglich. Und wenn ich dir sage, daß sie mir mehrfach versichert hat, wie gerne sie gerade einen deutschen Adelsnamen führen würde, dürfte dir das eigentlich genügen. Sie wird sehr erfreut sein, wenn sich solch eine gute Gelegenheit bietet.“

„Möchtest du mir dann vielleicht sagen, wie ich meine Werbung begründen soll — wenn ich nicht die Wahrheit sagen darf?“

„Ach, werde sie selbstverständlich vorbereiten und ihr sagen, daß du dich auf dem Sternhof sehr einsam fühlst und gern jemand dort hättest, der soviel Verständnis und Interesse für deinen Beruf hat wie sie.“

„Und das soll ein ausreichender Grund sein für diese Art von — Ehe?“

„Es werden noch aus ganz anderen Gründen Ehen geschlossen, das kannst du glauben. Sie jedenfalls wird diese Erklärung annehmen, weil sie ihren Wünschen entgegenkommt. Ihr seid euch ja auch nicht unympathisch.“

„Das nicht — aber eine heiße Sache bleibt es trotzdem.“

„Es gibt keinen anderen Ausweg“, sagte Lilian drängend. „Stephan, du kannst, du darfst mich nicht im Stich lassen.“

Thüngerns Widerstand war besiegelt. Er willigte ein, sich um Gladys MacCatrid zu bewerben.

Als Lilian nach Haus kam, meldete der Diener, daß der Herr Generaldirektor schon dreimal nach der gnädigen Frau gefragt habe. Lächelnd ging sie in das Zimmer ihres Mannes.

Hitlerjugend — Das Deutschland von morgen

Eine Unterredung mit dem Stellvertreter des Reichsjugendführers, Obergebietsführer Lauterbacher

Berlin, 25. Mai. Der kürzlich zum Stabsführer der Reichsjugendführung und Stellvertreter des Reichsjugendführers ernannte Obergebietsführer W. Hermann Lauterbacher, gab einem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros in einer Unterredung einen Überblick über sein neues Tätigkeitsgebiet und über die Stellung der HJ zu einigen wichtigen Gegenwartsfragen.

Danach ist Lauterbacher als Stabsführer der Reichsjugendführung und Stellvertreter des Reichsjugendführers für die Arbeit aller Abteilungen mit Ausnahme der Abteilung Ausland verantwortlich. Er vertritt den Reichsjugendführer bei Kundgebungen im Lande und leitet die organisatorischen Vorbereitungen für die großen Aktionen der Hitlerjugend.

Ueber die Schulungsarbeit der HJ berichtete Obergebietsführer Lauterbacher u. a., das Jahr 1934 sei der Zeitpunkt, der das Gesicht des nationalsozialistischen Staates in zehn und zwanzig Jahren bestimmen werde. Daher sei mit einer ganz intensiven Schulungsarbeit begonnen worden, die in den Führerschulen sowie auf Heimabenden, Fahrten und Feldlagern durchgeführt werde. Es gebe im ganzen Reich 150 Führerschulen, die nach ihrer besonderen Bedeutung in Bonn, Osnabrück, Gebiets- und Obergebietsführerschulen getafelt sind. Dazu komme die Reichsjugendführerschule in Potsdam.

In der nationalsozialistischen Bewegung gebe es gar keinen Gegensatz zwischen Jugend und Alter. Es gibt nur einen Gegensatz zwischen der HJ und den reaktionären greisenhaften Menschen, die die neue Jugend nicht verstehen wollen. Für den Nationalsozialismus bedeute „Jugend“ nicht ein zeitlich gebundener Begriff, sondern eine ganz bestimmte Lebenshaltung, ein ganz bestimmter Lebensstil. Einen weiteren Brennpunkt der öffentlichen Diskussion um die HJ stellt die Frage der konfessionellen Jugendverbände dar. Nachdem sich die evangelische Jugend willig eingegliedert hat, sollten in bezug auf die katholischen Jugendverbände noch Schwierigkeiten bestehen. Da sie ja gerade in ihrem bisherigen Arbeitsgebiet im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen standen, werden sie mir wohl am besten sagen können, ob diese Schwierigkeiten auf die Starrköpfigkeit gewisser katholischer Führer zurückzuführen sind und wie die Haltung der katholischen Jugend selbst ist? „Ich möchte grundsätzlich betonen, daß die HJ nicht gegen die katholische Kirche eingestellt ist. Wenn dies behauptet wird, so ist es ebenso eine Verleumdung wie die Behauptung, wir seien Gegner der Frontkämpfer. Für uns wie für die gesamte nationalsozialistische Bewegung gilt das Wort des Führers: „Der Nationalsozialismus steht auf dem Boden des positiven Christentums.“ Man gebe der Kirche, was der Kirche ist, und dem Staate, was dem Staate gehört. — Dem Staat gehört aber die körperliche und geistige Erziehung der Jugend, die kirchliche Betreuung ist dann Sache der zuständigen Konfession. Wir erstreben eine Einigung der gesamten deutschen Jugend in der HJ. Wir wollen diese Einigung nicht, um unsere Reihen zahlenmäßig zu vergrößern, sondern um die einheitliche Erziehung der Jugend dem Führer und der Zukunft gegenüber zu garantieren.“

Reichsteuereinnahmen im April 1934

Berlin, 25. Mai. Das Aufkommen an Steuern, Zöllen und Abgaben hat sich im April 1934 sehr gut entwickelt. Die Einnahmen betragen im April 1934 einschließlich Besitz- und Verlehrssteuern 328,4 Millionen RM. (1933: 275,5 Millionen RM.), ein Zöllen und Verbrauchssteuern 269,7 Millionen RM. (1933: 212,9 Millionen RM.), mithin zusammen 598,1 Millionen RM. (1933: 488,4 Millionen RM.). Von denjenigen Steuern, die für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung am wichtigsten sind, hat sich besonders die Lohnsteuer im April weiter gut entwickelt. Das Aufkommen im April 1934 übersteigt dasjenige im gleichen Monat des Vorjahres um nicht weniger als 4 Millionen RM. Auch die Umsatzsteuer entwickelte sich weiter zur vollen Zufriedenheit. Das Aufkommen betrug im April 1934 158,3 Millionen RM., im April 1933 betrug es 120,9 Millionen RM. Trotz der am 2. Oktober 1933 erfolgten Senkung der Umsatzsteuer der Landwirtschaft von 2 auf 1 Prozent beläuft sich mithin das Mehr im April 1934 auf 37,4 Millionen RM. Auf den Gesamtbeitrag von 598,1 Millionen RM. sind Steuergutscheine im Betrag von 133 Millionen RM. einschließlich Aufgeld in Abrechnung genommen worden.

Reichsteuereinnahmen im April 1934

Berlin, 25. Mai. Das Aufkommen an Steuern, Zöllen und Abgaben hat sich im April 1934 sehr gut entwickelt. Die Einnahmen betragen im April 1934 einschließlich Besitz- und Verlehrssteuern 328,4 Millionen RM. (1933: 275,5 Millionen RM.), ein Zöllen und Verbrauchssteuern 269,7 Millionen RM. (1933: 212,9 Millionen RM.), mithin zusammen 598,1 Millionen RM. (1933: 488,4 Millionen RM.). Von denjenigen Steuern, die für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung am wichtigsten sind, hat sich besonders die Lohnsteuer im April weiter gut entwickelt. Das Aufkommen im April 1934 übersteigt dasjenige im gleichen Monat des Vorjahres um nicht weniger als 4 Millionen RM. Auch die Umsatzsteuer entwickelte sich weiter zur vollen Zufriedenheit. Das Aufkommen betrug im April 1934 158,3 Millionen RM., im April 1933 betrug es 120,9 Millionen RM. Trotz der am 2. Oktober 1933 erfolgten Senkung der Umsatzsteuer der Landwirtschaft von 2 auf 1 Prozent beläuft sich mithin das Mehr im April 1934 auf 37,4 Millionen RM. Auf den Gesamtbeitrag von 598,1 Millionen RM. sind Steuergutscheine im Betrag von 133 Millionen RM. einschließlich Aufgeld in Abrechnung genommen worden.

Er schüttelte heftig den Kopf. „Lilian, das kann doch nicht dein Ernst sein, diese Idee, das — das geht doch einfach nicht, eine solche Heirat. . . Das ist doch unmöglich!“

„Unmöglich scheint dir der einzige Ausweg, der mich aus einer verzweifeltsten Situation rettet“, sagte Lilian

(Fortsetzung folgt.)